

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Josef Öttel, Wien, XXI., Stryedgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN

Nr. 9

Mai—Juni 1933

5. Jahrg.

Erscheint 14 tglig.— Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —.90

Nieder mit der imperialistischen Kriegshetze!

Der proletarische Ausweg: Kampf für die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa

Wir schreiben diese Zeilen unmittelbar vor dem „historischen“ Mittwoch, an dem Hitler das Aktionsprogramm des deutschen Imperialismus verkünden wird. Der fast auf ewig beurlaubte Reichstag ist einberufen worden. Der Zweck ist klar: die zwei Parteien, die bisher innenpolitisch wie geprügelte Hunde zu Füßen des Faschismus lagen, Sozialdemokratie und Zentrum, sie sollen der Welt demonstrieren, daß es in Deutschland keine Parteien mehr gibt, sondern nur Deutsche. Gegen die einzige Partei, die von den Tribünen des Reichstages herab gegen den nationalen Chauvinismus auftreten könnte, die KPD, wird der ganze bewaffnete Machtapparat eingesetzt, um sie zu vernichten. Man kann die Kommunisten vom Reichstag mit Bajonetten fernhalten, aber nichts in der Welt — außer ihrer eigenen Fehler — kann sie daran hindern, innerhalb der Arbeiterklasse den antifaschistischen Kampf mit dem unversöhnlichen Kampf gegen die imperialistische Kriegshetze zu verbinden. Es ist unverkennbar, daß wir in eine Periode eingetreten sind, die alle Merkmale der Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg aufweist.

Die ungeheure Weltwirtschaftskrise, die Unmöglichkeit, auch nur die Hälfte des kapitalistischen Produktionsapparates auszunützen, die Tatsache der allgemeinen Absperrung vom Weltmarkt treibt den Kapitalismus zwangsläufig in einen neuen Weltkrieg. Nur in der wahnwitzigen Vernichtung von Gütern und menschlicher Arbeitskraft, wie sie ein moderner Krieg bedeutet, kann der Kapitalismus noch eine Atempause gewinnen.

Gilt dies vom Kapitalismus im allgemeinen, so gilt es doppelt und dreifach für den deutschen. Der Friede von Versailles hat ihm Absatzmärkte und Kolonien geraubt; sein hochentwickelter, überdimensionierter Produktionsapparat steht einem Innenmarkt von verelendeten Arbeitern, ausgepowerten Kleinbürgern und verarmten Bauern gegenüber, einem eingeschrumpften Weltmarkt, und ihm fehlen sowohl reiche Kolonien, wie auch große Kapitalreserven, um durch Anleihen und Kredite den Absatz zu fördern.

Der Widerspruch zwischen außenpolitischer Ohnmacht und einem gewaltigen Produktionsapparat, der zum Weltmarkt drängt, macht gerade den deutschen Kapitalismus zur Hauptquelle der imperialistischen Kriegsgefahr.

Die deutsche Bourgeoisie hat, wie wir seit einem Jahr aufzeigen, seit der Lausanner Konferenz den Weg der Vorbereitung auf einen neuen Krieg eingeschlagen. Sie hat sich bereit erklärt, selbst Reparationen weiterzuzahlen, wenn sie das Recht auf Aufrüstung erhält. Das unterschied die Militärdiktatur vom Brüning-Kurs in der Außenpolitik; diese Wendung trat ein, als es klar wurde, daß eine neue Atempause durch Kredite nicht mehr möglich ist. Matte Brüning, in Unterschätzung der Tiefe der Weltkrise, mit neuen Anleihen und dem Ende der Reparationen gerechnet, so stellte sich die deutsche Bourgeoisie, als sie die Hoffnungslosigkeit des Anleihe-Kurses erkannte, auf Aufrüstung und Krieg ein. Das war einer der Gründe, warum sie Papen gegenüber Brüning den Vorzug gab und warum sie sich Hitler in die Arme warf, als es klar wurde, daß die Militärdiktatur zu schwach ist, eine zutiefst aufgewühlte Arbeiterklasse an imperialistischen Kriegswagen zu schirren.

Einer der wesentlichsten objektiven Faktoren, der den Aufschwung des Faschismus in Deutschland mächtig förderte, war der Versailler Vertrag.

Im Zeichen des „nationalen Freiheitskampfes“ gegen Versailles hat Hitler gesiegt, hat er Millionen gewonnen. — Da sich 1923 die KPD als nicht fähig erwies, den Ruhrkrieg mit dem Bürgerkrieg zu beantworten und den revolutionären Krieg gegen den westlichen Imperialismus zu führen, falls er es wagen sollte, das sozialistische Deutschland anzufallen und auszulündern, wandte sich das Kleinbürgertum vom Proletariat ab und versuchte, die nationalen und sozialen Fragen selbst zu lösen, wobei es sofort zum Vollstrecker der Ziele und Zwecke des deutschen Imperialismus wurde.

Auf der anderen Seite, im Lager der Sieger von Versailles, hatte in den letzten zehn Jahren sowohl das Proletariat wie auch das Kleinbürgertum im steigenden Maße zu begreifen begonnen, daß es nicht seine Lage durch Versailles verbessert hat, sondern einzig und allein die ihrer Herrenklasse, der Schlotbarone und Finanzhyänen.

Eine siegreiche deutsche Arbeiterrevolution hätte sich in ihrer Außenpolitik auf gewaltige Sympathien, auf aktive Hilfe in allen Ländern stützen können, wenn die Sieger von

Versailles versucht hätten, die deutsche Sowjetrepublik mit Sanktionen zu bestrafen.

Der Sieg des Faschismus in Deutschland hat diese Lage von Grund aus geändert! Die Sieger von Versailles wissen, warum Thyssen, Krupp von Bohlen, warum Industrieherrn und Finanzmagnaten, sich die NSDAP holten; man ruft die Feldweibel, wenn man Rekruten aushebt.

So lange die Versailler Mächte auf ihre Rechte pochten einem Deutschland gegenüber, das mit dem Sozialismus schwanger ging, hatten sie entscheidende Teile des Proletariats gegen sich. Heute aber rufen sie Alarm: „Seht ihr, Arbeiter in Frankreich, England, Belgien, seht ihr, wie die Barbarei in Deutschland alles zerstört? Diese Barbarei bereitet sich vor, auf den Spitzen der Bajonette euch ihre Segnungen zu bringen!“

Die westlichen Arbeiter sehen die blutige Fratze des deutschen Faschismus; sie sehen, wie er ihre Brüder martert, wie er sich darauf vorbereitet, den Gewaldfrieden von Versailles durch einen anderen a la Brest-Litowsk zu ersetzen.

So wächst die Idee eines „demokratischen“ Präventivkrieges in Teilen des westlichen Proletariats, vor allem aber des demokratischen Kleinbürgertums!

Auf der einen Seite ruft der deutsche Faschismus, das Versailler Regime anklagend, das „deutsche Arbeiterum“ gegen die „kapitalistischen Nationen“ auf, die sich von seinem Schweiß nähren.

Auf der anderen Seite ruft der westliche Kapitalismus, das faschistische Regime anklagend, seine Arbeiter gegen das faschistische Deutschland auf, das auf der Spitze der Bajonette den Faschismus über die Grenzen tragen will. Niemals war eine klare internationale Klassenpolitik des Proletariats notwendiger wie gerade jetzt!

Zwischen Dollfuß und Hitler

Der Sieg des Faschismus in Deutschland hat die faschistische Bewegung in Oesterreich außerordentlich verstärkt. Ihre Stoßkraft wächst, es steigt ihre Anziehungskraft auf die großen Massen des städtischen und bäuerlichen Kleinbürgertums. Hunderttausende, verarmt, in hoffnungsloser Arbeitslosigkeit dahinvegetierend, Bauernsöhne, Intellektuelle, Beamte, bankrotte Gewerbetreibende und Krämer, sie alle, die durch die ehernen Gesetze des Kapitalismus erdrückt werden, haben sich dem Faschismus in die Arme geworfen. Der Anschluß an das faschistische Deutschland und seine militärische Kraft, die sich sprunghaft entwickelt, soll ihnen den Platz an der Sonne sichern; der Kampf mit dem jüdischen Kleinbürgertum soll ihnen im eigenen Land neue Erwerbsmöglichkeiten verschaffen.

Wir wollen hier nicht untersuchen, ob dieser Massenübergang des Kleinbürgertums zum Faschismus eine zwangsläufige Erscheinung darstellt, eine unvermeidliche Wirkung der Krise. Dies behauptet die Sozialdemokratie. Wir gehen auf diese Frage in einem anderen Zusammenhang näher ein. Wir stellen hier nur die Tatsache fest, daß der Faschismus in Oesterreich, der Faschismus, wie ihn die Hitler-Bewegung repräsentiert, in ständigem Wachsen ist.

Demnach unterscheidet sich die Lage in Oesterreich von der Situation, wie sie in Deutschland vor der Aufrichtung der faschistischen Diktatur bestand. In Deutschland hatten wir von Mitte 1932 bis Ende Januar 1933 folgende Lage vor uns: Links das Lager der Arbeiterklasse, beherrscht durch den Reformismus, der faktisch die Schlüsselpositionen beherrschte, rechts das faschistische Lager, das bereits an zahlreichen Stellen des Staatsapparates Elemente einer Nebenregierung herausgebildet hatte — und in der Mitte die Armee, repräsentiert durch Hindenburg — Schleicher — Papen, die sich politisch auf die schmale Basis der Deutschnationalen und des Stahlhelms stützte, sozial auf einen Block der Junker mit einem Teil der Industrie.

Das damals herrschende Regime, das wir als eine Militärdiktatur bezeichneten, konnte sich im wesentlichen nicht auf eine Massenpartei stützen, sondern nur auf die Armee. In dem Maße, als es dem Faschismus gelang, die unteren Teile der Armee an sich zu ziehen, mußte die Militärdiktatur kapitulieren. Die deutsche Bourgeoisie mußte ihre politische Vertretung dem Faschismus übergeben, weil sie durch den

Die Komintern mußte jetzt einen außerordentlichen Kongreß einberufen, sie mußte die Lehren ihrer furchtbaren Niederlage in Deutschland ziehen, sie mußte sich an die Parteien der 2. Internationale und die Gewerkschaftsinternationale wenden und sie zu einem gemeinsamen Antikriegskongreß einberufen.

Die Komintern mußte den Arbeitern aller Länder die furchtbare Kriegsgefahr zeigen und ihnen den Ausweg zeigen, den sie beschreiten müssen.

Den Kampf für ein Europa, das keine Grenzen mehr führt, das keinen Hunger mehr leidet, das Europa der freien Arbeiterklasse, die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa!

Aber davon ist die Komintern weit entfernt. Sie schaut wie gebannt auf die Produktionsziffern in Rußland und gibt sich mit allem, was Klang und Namen hat, in Kopenhagen ein Stelldichein.

Die Dichter werden gerufen, als ob man mit flammenden Worten Waffentransporte verhindern kann. Aber die Internationale der Transportarbeiter wird vergessen!

An die großen Gelehrten wendet man sich, als ob man mit großen Ideen die Munitionsbetriebe stülgen könnte! Man „vergißt“ die Internationale der Metallarbeiter, jene, die am Hebel der Kriegsproduktion stehen.

Der Schatten eines neuen Weltkrieges fällt über Europa. Viele gibt es, die frohlocken: Dem Krieg folgt die Revolution auf den Fuß — aber der Revolution folgt die Konterrevolution, wenn die Arbeiterklasse keine revolutionäre Führung besitzt. Das lehrt uns Deutschland, Ungarn, Italien. Lernen wir daraus, ehe es zu spät ist; von allen Feinden ist keiner so gefährlich, wie Illusionen, die uns unfähig machen, die Notwendigkeiten, die vor uns stehen, zu erkennen.

Verfall ihrer Parteien, durch die Ohnmacht der SPD und schließlich durch die drohende Spaltung der Armee politisch bereits entworfen war. Diese Lage bestimmte auch die Form des faschistischen Machttritts in Deutschland: die Bourgeoisie warf sich Hitler in panischer Furcht in die Arme, denn sie hatte allen Grund zu fürchten, daß die aufgewühlten Arbeitermassen sich zum Angriff gegen das kapitalistische System sammeln werden.

Von dieser Situation unterscheidet sich die Lage in Oesterreich in bedeutendem Maße. Auch hier sehen wir die charakteristischen 3 Lager: Arbeiterklasse, Faschismus und an der Macht ein bonapartistisches Diktaturregime. Aber diese Diktatur, hinter der die österreichische Bourgeoisie fast in ihrer Gesamtheit steht, besitzt eine viel ernstere Massenbasis, als sie jemals Schleicher und Papen besaßen. Hinter ihr steht nicht nur die Bourgeoisie, die starken feudalen und klerikalen Kräfte, hinter ihr stehen noch immer ausschlaggebende Teile des Groß- und Mittelbauernums und bedeutende Teile des Kleinbürgertums in der Stadt und im Dorf. Die militärische Bedeutung der Heimwehr als Garde der Diktatur ist unvergleichlich größer als jene des Stahlhelms zur Zeit Schleicher-Papen. Die Armee ist fest in der Hand der bonapartistischen Diktatur Dollfuß-Vaugoin.

Neben diesen innenpolitischen Kräften besitzt dieses Regime auch eine außenpolitische Rückendeckung. Der westliche Kapitalismus (insbesondere Frankreich und seine Vasallstaaten), von dem die österreichische Bourgeoisie stark abhängig ist, stützt die Diktatur Dollfuß, um eine Machterweiterung des deutschen Imperialismus zu verhindern. Aus dem gleichen Grunde stützt Italien Herrn Dollfuß, insbesondere seit sich die anglo-französische Entente, die sich bereits in Lausanne gebildet hatte, weiter entwickelte; Herr Mussolini kann keine Politik gegen den vereinigten Druck England—Frankreich treiben und, so stark er auch in Wien zu sein scheint, in der Weltarena ist Italien eine Macht zweiter Größe.

Obgleich also, wie wir anfangs ausführten, der Faschismus in Oesterreich rasch wächst, so ist dennoch anzunehmen, daß sein Weg zur Macht nicht so einfach sein wird, wie in Deutschland. Dort versuchte Schleicher vergeblich, sich auf die Armee zu stützen und sich gegen Hitler zu behaupten. Hier, in Oesterreich, wird der Faschismus

wahrscheinlich sich auf seine eigenen bewaffneten Kräfte stützen müssen, wenn er die Macht erobern will.

Wäre der beginnende Machtkampf zwischen Dollfuß und Hitler in Oesterreich nur eine österreichische Frage, so wäre sie nicht von so unmittelbarer Bedeutung, als sie tatsächlich ist. Sie ist aber in Wirklichkeit keine rein österreichische Angelegenheit.

Der deutsche Imperialismus fühlt sich heute noch nicht stark genug, um mit den Waffen in der Hand seinen Gegnern entgegenzutreten. Aber es ist keineswegs ausgeschlossen, daß er in Oesterreich — vielleicht auch in Danzig — mit bewaffneter Faust auf den Busch klopfen wird, um zu sehen, ob die Ententemächte wirklich entschlossen sind, eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in Mitteleuropa durch den Anschluß Oesterreichs an Deutschland mit einem Weltkrieg zu beantworten.

Sobald sich der deutsche Imperialismus zu diesem Gewaltstreich entschließt, wird er seine österreichischen Anhänger auf den Weg des Aufstandes führen. Von dieser Möglichkeit müssen wir ausgehen, um die Haltung der Arbeiterklasse zu bestimmen. —

Es ist unverkennbar, daß die Sozialdemokratie sich darauf vorbereitet, den linken Flügel der „österreichischen Front“ zu bilden, d. h. sich als Reserve Herrn Dollfuß zur Verfügung zu stellen, wenn die Nazis marschieren. Mit Recht weist die „Rote Fahne“ darauf hin, daß die nicht parteimäßige, sozialdemokratische Presse in Wien den Anschluß an die „österreichische Front“ propagiert. Am klarsten drückt das der sozialdemokratische „Morgen“ aus, der wörtlich schreibt:

„Gelingt es der Regierung Dollfuß, in den Grenzen unseres Landes einen Damm gegen die braune Flut zu errichten, so hat sie eine historische Aufgabe erfüllt, die sie über den Durchschnit gewöhnlicher Regierungen weit hinaushebt und alle jene Maßnahmen entschuldbar machen wird, die nicht demokratischen Sittlichkeitswert besitzen.“

Diese jammervolle Imitation der Politik der deutschen Sozialdemokratie durch die Austromaxxisten wird durch eine Phrase getönt, die von geradezu unbeschreiblicher Komik ist. — Trotzki schrieb bekanntlich in seinem Artikel über Oesterreich „ein proletarisches Oesterreich würde unverzüglich zum Piemont für das ganze deutsche Proletariat“, d. h., wenn die Arbeiterklasse in Oesterreich siegt, so wird Oesterreich zum Ausgangspunkt für den proletarischen Freiheitskampf in Deutschland.

Nun nehmen die Führer der SP diese Worte Trotzki in ihrer Erklärung gegen den Anschluß Oesterreichs an das faschistische Deutschland auf und erklären, daß sie — durch ihre Politik gegenüber der Diktatur Dollfuß — das Piemont des kommenden demokratischen Deutschland vorbereiten!

Mit diesem Wortspiel wollen die Herren davon ablenken, daß sie mit der Nachahmung der Politik des „kleineren Uebels“ der österreichischen Arbeiterbewegung ebenso das Grab schaufeln, wie die Wels, Severing und Co. in Deutschland.

Die österreichische Arbeiterklasse kann keinen Augenblick Waffenstillstand mit der Diktatur Dollfuß-Vaugoin schließen. Jede Schwäche gegenüber diesem Regime muß unvermeidlich auch Teile der Arbeiterklasse dem Faschis-

mus in die Arme treiben. Das zeigen bereits verschiedene Wahlergebnisse (z. B. Innsbruck).

Bedeutet das, daß die Arbeiterklasse gegenüber einem faschistischen Aufstand neutral bleiben kann oder gar, daß sie versuchen soll, mit den Nazis gemeinsam zunächst Dollfuß zu stürzen?

Nein, davon kann gar keine Rede sein. Wenn die Faschisten marschieren, so muß sich ihnen die Arbeiterklasse mit allen Mitteln entgegenwerfen. Bedeutet das aber nicht, direkt oder indirekt, die Verteidigung von Dollfuß gegen Hitler? Nein, die Arbeiter, die gegen die aufständischen Nazis marschieren, verteidigen nur sich selbst, ihr Leben, ihre letzten Rechte gegen den Faschismus. Und wenn es gelingt, den Aufstand niederzuschlagen, ist dann nicht Dollfuß noch stärker als zuvor?

Scheinbar holt ihm das Proletariat die Kastanien aus dem Feuer. Aber nur scheinbar. Eine Niederlage der Nazis in Oesterreich mit der unvermeidlichen Zersetzung, die der ersten Niederlage folgt, ist ein schwerer Schlag für den deutschen Faschismus, ein mächtiger Impuls für das deutsche Proletariat in seinem antifaschistischen Kampf.

Das österreichische Proletariat aber, das im offenen Kampf die Hitler-Horden niederschlägt, das ist nicht mehr das gedrückte, und durch die reformistische Politik gelähmte Proletariat von heute, nein, das ist ein Proletariat im Vollbewußtsein seiner eben erprobten Klassenkräfte. Die „siegereiche“ Regierung würde sehr bald spüren, daß die Lage sich gründlich geändert hat, so gründlich, daß sie die „Tragik“ verwünschen wird, die darin bestand, daß durch die Besiegung der Nazis die Gesamtkraft der Konterrevolution tödlich erschüttert wurde.

Zur internationalen Diskussion der deutschen Lehren

Zimmerwald und was dann?

Anm. der Redaktion: Wir veröffentlichen nachfolgend einen Artikel, der den Standpunkt der Minderheit in der Berliner Gruppe zur Frage der neuen Partei und dem neuen Zimmerwald klarlegt. In der nächsten Nummer werden wir einen Artikel aus der illegalen Presse der Berliner Genossen zum gleichen Thema veröffentlichen.

In Nr. 1 des „Funkens“ und Nr. 8 des „Mahnrufs“ setzt sich der Genosse Wolfgang Bertram in einem Leitartikel sehr bereit für ein neues Zimmerwald ein. Das, was wir aber auf der dritten Seite in derselben Nummer lesen, läßt uns nicht nur jede Folgerung aus dem Leitartikel vermissen, sondern es steht sogar im direkten Widerspruch dazu. Denn wie kann man es anders bezeichnen, wenn in dem Leitartikel eine internationale Konferenz aller oppositionellen Gruppen gefordert wird, während in dem Diskussionsartikel über die Gründung einer neuen Partei, auf Seite 3 des Blattes, ein Zusammenarbeiten mit einzelnen oppositionellen Gruppen wie die SAP (vielleicht auch mit der Brandlergruppe, das geht dort nicht klar hervor) glatt abgelehnt wird und es als die Hauptaufgabe der linken Opposition in Deutschland bezeichnet wird: „den Glauben an die Zukunft der Partei nicht zu verlieren“. Wenn das richtig wäre, so wäre freilich nicht allein die Gründung einer neuen Partei, sondern auch die Aufrechterhaltung der linken Opposition mehr als überflüssig. Wo hätte man den Glauben an die Zukunft der Partei und an die Richtigkeit alles dessen, was in ihr geschieht, jemals besser und reiner erhalten können, als in den Reihen dieser Partei selbst. Unsere Aufgabe ist aber nicht, den in der Partei gepflegten Kultus auszubauen und weiter zu treiben, sondern Mittel und Wege aufzuzeigen, wie das Proletariat zu einem neuen revolutionären Aufstieg gelangen könnte. Unseres Erachtens ist aber auch W. Bertram an der Unklarheit und Verwirrung, die in dem Diskussionsartikel des unbekannteten Artikelschreibers herrschen, nicht ganz unschuldig. Er hat es nämlich verabsäumt, für das von ihm geforderte neue Zimmerwald klare, fest umrissene Ziele aufzustellen.

Der Sieg des Faschismus in Deutschland und der kampflöse Zusammenbruch der KPD, der größten und wichtigsten kommunistischen Partei neben der russischen, stellt nicht nur die gesamte Arbeiterklasse und die Komintern, sondern auch die linke Opposition vor völlig neue Aufgaben. Das Versagen und der Zusammenbruch der KPD zwingt die Linke, jetzt sofort dazu überzugehen, mit aller Kraft ihre eigenen Kaders zu stärken und zu vermehren, damit sie in der Lage sein wird, jene Aufgaben zu erfüllen, die bis jetzt die Partei durchzuführen hatte. Schaffung neuer Kader — das ist jetzt die Hauptaufgabe der Linken, und dazu soll in allererster Linie auch die internationale Zusammenkunft dienen. An dieser Zusammenkunft sollen alle jene oppositionellen Gruppen teilnehmen, die das Versagen der Komintern und der KPD und deren Fehler, die zu diesem Versagen führen mußten, erkannt haben. Diese Gruppen können sonst noch so große Abweichungen von unserer eigenen Linie besitzen, sobald sie die oben erwähnte Bedingung erfüllen, besteht kein Grund, sie von der Teilnahme an der Konferenz auszuschließen. So müßte z. B. aus Deutschland an der Zusammenkunft außer der LO und der Trotzki-Gruppe auch der Leninbund, die Brandlergruppe und die SAP teilnehmen, aus der Internationale die Bordigisten, die belgische Linke, die Freygruppe u. a. Es ist ganz klar, daß es auf einer solchen Konferenz, auf der so viele verschiedenartige Elemente vertreten sein werden, zu langwierigen und heftigen Diskussionen kommen muß. Doch es ist zu erhoffen, daß einerseits durch den Eindruck der ungeheuren Niederlage des Proletariats und andererseits durch das Bestreben, etwas Positives für den Wiederaufbau des Kommunismus zu leisten, eine gewisse Differenzierung in die einzelnen Gruppen hineingetragen werden wird. Die Folge dieses Differenzierungsprozesses wird die sein, daß einige der auf der Konferenz vertretenen Gruppen, oder Teile dieser Gruppen sich auf einer gemeinsamen Basis zur gemeinsamen Aktion zusammenschließen und eine internationale Vereinigung bilden werden. Diese wird zwar noch nicht die

neue Komintern, immerhin aber schon den Keim dazu darstellen. Und sie wird allmählich für die internationale Arbeiterklasse zum Zentrum werden, nach dem sie stets hinhilben wird. Das allein kann unseres Erachtens das Ziel einer internationalen Konferenz der linken Opposition sein. Denn eine Konferenz einzuberufen, nur damit die Delegierten frische Luft schnappen und neue schöne Orte kennen lernen, das kann sich wohl eine imperialistische Regierung, nicht aber eine revolutionäre proletarische Organisation leisten.

Aus dem oben Gesagten ergeben sich auch für die deutsche Linke ganz andere Aufgaben und Ziele, als die sich der unbekanntete Artikelschreiber in Nr. 8 gestellt hatte. Während man die Komintern und die russische Partei noch nicht als endgültig verloren zu betrachten braucht, ist die KPD nach ihrem völlig kamplösen Niederbruch, und nachdem sie aus diesem Zusammenbruch nicht das Geringste gelernt hatte, sondern sowohl politisch wie organisatorisch in ihrem alten Trotz weiter fortfährt, unbedingt verloren. Als Erstes liegt also der linken Opposition in Deutschland ob, mit Hilfe ihrer, durch die internationale Konferenz verstärkten Kaders eine neue kommunistische Organisation zu gründen, deren Aufgabe es sein wird, das verlorengegangene Vertrauen der Arbeiterklasse zum Marxismus und dessen einziger Organisation, der Kommunistischen Partei, wiederherzustellen. Wenn in dem betreffenden Artikel weiter steht, daß die revolutionären Arbeiter der KPD es nicht glauben, daß ihre Partei endgültig verloren sei und daß es unmöglich sei, sie wieder neu und besser aufzubauen, so mag das richtig sein. Auf keinen Fall darf aber daraus gefolgert werden, daß die Avantgarde der Partei, die linke Opposition, nun dasselbe zu glauben hat, obwohl sie auf Grund der marxistischen Dialektik zu einem entgegengesetzten Ergebnis kommen muß. Ja mit derselben Berechtigung könnte man verlangen, daß man wieder in die SPD zurückgeht und dort für eine Reform der Partei arbeitet, denn auch in der SPD gibt es gute Arbeiter, die den Glauben an die Möglichkeit einer Revolutionierung ihrer Partei noch nicht aufgegeben haben. So kann man natürlich nicht argumentieren. Die linke Opposition muß das, was sie als richtig erkannt hatte, durchführen, auch wenn nicht alle revolutionären Arbeiter ihre Schritte sogleich verstehen sollten. Daß die alte KPD auch für die nächste Zukunft, selbst wenn eine neue KPD geschaffen werden sollte, ein Reservoir für die revolutionäre Arbeiterschaft bleiben wird, ist ohne weiteres anzunehmen. Es wird eben unsere Aufgabe sein, aus diesem Reservoir zu schöpfen. Wir werden unsere besten und aktivsten Genossen in die alte KPD hineinschicken. Deren Aufgabe wird es sein, die alte Partei von innen auszuheilen, indem sie allmählich alle revolutionären Arbeiter aus ihr zu uns herüberziehen. Nur auf diesem Wege werden wir die Schaffung einer wirklich kommunistischen Partei erreichen.

Man soll uns aber nicht mit Phrasen kommen, wie „so lange Sowjetfahnen über dem Krenl wehen, wird die KPD nicht völlig untergehen“. Das eine hat mit dem anderen absolut nichts zu tun. Ja, man kann sich sogar den Fall vorstellen, daß, wenn im weiteren Verlauf der Entwicklung die russische kommunistische Partei zu einer nationalstischen werden wird, also sie endgültig verloren zu betrachten sein wird, daß auch dann vielleicht dieselben Sowjetfahnen mit dem Sowjetstern und mit dem Hammer und der Sichel ruhig über dem Krenl weiterwehen werden.

Fritz Neumann.

Antwort an den Genossen Neumann

Gen. Fritz Neumann geht in seinem Artikel davon aus, daß die KPD verloren ist. In diesem Punkt steht er auf dem Standpunkt des Gen. Trotzki. Aber während Trotzki es für möglich hält, im nationalen Rahmen eine zweite kommunistische Partei aufzubauen, erkennt Gen. Neumann teilweise, daß eine neue kommunistische Partei von ihren ersten Schritten an international sein muß. Und eben darum ist er ja für ein neues Zimmerwald, doch meint er etwas ganz anderes damit als wir.

Für uns ist das neue Zimmerwald der erste Versuch,

durch eine tiefgehende Diskussion innerhalb der Kommunisten, die sich zur 3. Internationale bekennen, eine Umgruppierung der kommunistischen Kräfte vorzubereiten. Aus dieser Umgruppierung und Sammlung auf dem Boden einer marxistischen Plattform soll eine Verstärkung jener Kräfte erfolgen, die fähig und willens sind, die bankrotte zentristische Fraktion in der Komintern niederzukämpfen.

Anders steht die Frage für Gen. Neumann. Er sieht im neuen Zimmerwald die Wiederholung des alten Zimmerwald von 1916, den ersten Schritt zur Gründung der neuen Internationale.

Dieser Auffassung des Gen. Neumann liegt seine falsche Einschätzung des Wesens der zentristischen Fraktion zugrunde. Er meint, daß sich die russische kommunistische Partei einfach friedlich in eine bürgerlich-nationalistische verwandeln könnte, wobei die äußeren revolutionären Merkmale, wie Sowjetstern und Sowjetfahne, ruhig beibehalten werden. Ein solcher Wandel der russischen Partei, die bekanntlich völlig von der zentristischen Fraktion beherrscht wird, setzt das Umschlagen des Zentrismus in eine bürgerliche politische Strömung voraus.

Und eben diese Auffassung ist grundfalsch. Der Zentrismus ist nicht dasselbe wie der Reformismus, auch wenn er häufig zu gleichen Resultaten führt. Der Zentrismus ist im Gegensatz zum Reformismus, der grundsätzlich auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung steht, eine kleinbürgerlich-revolutionäre Richtung, seinen Zielen nach revolutionär, seinen Methoden nach kleinbürgerlich-radikal.

Die zentristische Fraktion in der KPD und Komintern hat die deutsche Revolution nicht verraten, sondern sie hat sich infolge ihrer grundlegenden Fehler als unfähig erwiesen, die Revolution zu organisieren.

Darum, weil sie diesen Unterschied mehr oder weniger deutlich erkennen, glauben die revolutionären Arbeiter in der KPD noch daran, daß es möglich ist, die Partei zu retten, von der Herrschaft der zentristischen Fraktion zu befreien. Nicht wir fordern, wie Gen. Neumann meint, auf, nur ja nicht den Glauben an die Partei zu verlieren, sondern wir gehen bei unserer Strategie und Taktik davon aus, daß die revolutionären Arbeiter den Glauben an die Rettung der KPD nicht verloren haben.

Bedeutet das, daß wir uns deshalb darauf beschränken sollen, nur Kritik am Zentrismus zu üben und der Partei nur gute Ratschläge zu geben?

Keineswegs! Wir bauen unsere Fraktion als eine selbständige Kraft innerhalb und außerhalb der Partei auf, wir erziehen Kaders im Sinne unserer Plattform und wir gehen dort, wo wir die Kraft haben, zu selbständigen Aktionen über und sind bereit, für ein bestimmtes revolutionäres Aktionsziel uns mit jeder anderen politischen Kraft innerhalb der Arbeiterbewegung zu verbinden. Das heißt, soweit es auf Taten ankommt, besitzen wir mindestens eine solche Aktionsfreiheit wie jene Gruppen, die sich als die Herolde einer neuen Partei gebärden.

Also ist es mehr ein Streit um Worte, wenn wir es ablehnen, eine neue Partei aufzurichten? Nein, es geht nicht um Worte, es geht um das grundlegendste Prinzip des revolutionären Marxismus.

Wie entsteht denn eine neue Partei des Proletariats? Dadurch, daß die alte Partei ihre historische Mission sichtbar nicht erfüllt und daß der fortgeschrittenste Teil der Partei mit der versagenden Partei bricht. Das ist die erste Voraussetzung. Aber kann man denn bei der KPD von einer Partei im landläufigen Sinne sprechen, ist sie denn die deutsche kommunistische Partei oder ist sie die Weltpartei der Kommunisten in Deutschland? Die KPD ist unlösbar mit der Komintern verbunden und jedes Wort, das wir über sie sagen, gilt zehnfach für die gesamte Komintern. Das heißt, wenn wir, wie Trotzki, sagen: die KPD ist verloren, dann kann das nur den Sinn haben, daß die Komintern verloren ist, und wenn wir eine neue Partei in Deutschland aufbauen, so kann diese Partei nur international sein, d. h. die deutsche Sektion einer internationalen revolutionären Partei.

In diesem Punkte zeigt sich ja die ganze Zweideutigkeit der Position Trotzki's, der für die Komintern und gegen die KPD ist.

Warum haben wir denn 1927 in China, als die Gruppe

Stalin-Bucharin faktisch die Arbeiter und Bauern verriet und durch Tang-Pin-Schan Strafexpeditionen gegen die Agrarrevolution in der Provinz Hankau organisieren ließ, nicht eine neue Partei in China geschaffen? Dort lag wirklicher, blühender Verrat vor!

Wir gingen nicht diesen Weg, weil wir uns sagten, erstens fehlen noch die Kadern in der chinesischen Partei, die aus den Erfahrungen gelernt haben, und zweitens ist eine neue Partei in China nur möglich, als eine internationale Partei, d. h. erst, wenn die Komintern verloren ist. Und die Lebensquelle der Komintern ist die Oktoberrevolution; erst mit ihrem Sturz würde historisch der Raum für eine neue Partei entstehen.

In diesem entscheidenden Punkte irrt Gen. Neumann, wenn er sich gegen unsere Worte „solange die Sowjetunion über dem Krimi wehen, wird die KPD nicht völlig untergehen“ wendet und schreibt:

„Das eine hat mit dem anderen absolut nichts zu tun.“

Im Gegenteil! Das eine ist mit dem anderen unlösbar verbunden! Solange die Oktoberrevolution besteht, besteht die Weltpartei der Komintern, können wir keine zweite Partei aufbauen. Ausnahmen können nur jene Länder sein, wo die Abspaltung der klassenbewußten Arbeiter vom Reformismus im wesentlichen noch nicht erfolgt ist, wo daher noch keine kommunistischen Parteien bestehen, höchstens kommunistische Propagandagruppen. In solchen Ländern ist es möglich, daß sich eine revolutionäre Arbeiterpartei als eine unabhängige, d. h. von der zentralistischen Bürokratie unabhängige kommunistische Partei bildet. Aber in diesen Ländern haben wir dann keine zweite kommunistische Partei, sondern die erste, sie bilden sich verspätet, auf dem Boden der Oktoberrevolution — gegen den Revisionismus der Bürokratie der Komintern. Diese Parteien sind faktisch ein Bestandteil der 3. Internationale, auch wenn die Bürokratie in Moskau sie nicht anerkennt. —

Wolf Bertram.

Die Außenpolitik der Sowjetunion

Der Berliner Freundschaftsvertrag der Sowjetregierung mit der deutschen Hitlerregierung und das Angebot an den japanischen Pufferstaat Mandschukuo, die Ostchinesische Bahn der Sowjetregierung abzukufen, haben im internationalen Proletariat tiefe Erregung ausgelöst. Vor allem gilt das vom Berliner Vertrag. Die Tatsache, daß die Sowjetregierung trotz der unerhörten Provokationen der Hitlerregierung ihre Aufträge weiterhin nach Deutschland vergibt, hat bereits große Teile der revolutionären Arbeiterschaft beunruhigt. Dem formellen Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen Moskau und Berlin steht das Proletariat in Deutschland fassungslos gegenüber. Vergeblich versucht die Stalinsche Fraktion und ihre Presse den Vertrag mit der Friedensliebe der Sowjetregierung zu verteidigen. Die klassenbewußten Arbeiter lassen sich durch solche Phrasen nicht täuschen und sie suchen nach den tieferen, politischen Gründen für eine solche Politik der Sowjetregierung.

Nicht wenige ehrliche, revolutionäre Arbeiter sprechen angesichts dieses Vertrages von einem offenen, nackten Verrat Stalins an deutschen Proletariat. Sie meinen, die Sowjetregierung habe mit diesem Vertrag einfach die deutsche Arbeiterklasse dem Interesse des russischen Staates geopfert.

So bestechend und logisch diese Erklärung für das schmähliche Verhalten der Sowjetdiplomatie zu sein scheint, sie enthält einen entscheidenden Irrtum. Ist es wirklich so, daß der Abschluß des Berliner Vertrages für die Sowjetrepublik ein Vorteil, für das deutsche Proletariat dagegen verhängnisvoll ist?

Dieser Vertrag ist für die Sowjetrepublik genau so falsch und verhängnisvoll wie für das deutsche Proletariat. Er stellt vom Standpunkt der Sowjetregierung einen kläglichen Selbstbetrug dar. Denn dieser Vertrag wird den deutschen Imperialismus, der im Westen zu schwach für eine Expansionspolitik ist, keine Sekunde lang davon abhalten, seinen imperialistischen Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten. Im Gegenteil! Im Abschluß des Vertrages durch die Sowjetregierung, gerade in einem Augenblick, wo die Faschisten die deutschen Arbeiter niedermetzeln und außenpolitisch völlig isoliert sind, erblickt der deutsche Imperialismus ein Zeichen tiefster Schwäche der Sowjetunion. Und je schwächer er die Sowjets glaubt, um so aggressiver tritt Hitler auf.

Hat die Sowjetregierung wirklich den Vertrag abgeschlossen, weil sie sich so schwach fühlt? Wir glauben nicht, daß die Sowjetregierung so erschüttert ist, daß sie zu einer solchen Vogelstrauchpolitik Zuflucht nehmen muß. Wir sehen die Gründe vielmehr in der politischen Entartung der Bürokratie — und diese Entartung ist im Reiche der Sowjetdiplomatie noch zehnfach stärker fortgeschritten. Die sowjetische Bürokratie, unfähig sowohl eine revolutionäre Klassenlinie im Interesse der Sowjetmacht wie auch der internationalen Arbeiterbewegung zu verfolgen, glaubt, sie kann mit solchen außenpolitischen Manövern ihre Position stärken, England, das den Handelskrieg eröffnet hat, einschüchtern, Deutschland zur Rapallopolitik zurückführen und Frankreich zu Konzessionen veranlassen. In Wirklichkeit errichtet sie natürlich keines dieser Ziele, denn die imperialistischen Staaten sehen im Berliner Vertrag nur ein Eingeständnis der Schwäche der Sowjetmacht.

Vergleicht man den außenpolitischen Opportunismus der Sowjetdiplomatie mit der Politik der Komintern, dann hat es den Anschein, als ob die Sowjetregierung direkten Verrat begeht. Wenn wirklich die Fraktion Stalin, die sowohl die Komintern wie die Sowjetregierung beherrscht, der Auf-

fassung ist — wie es die Aprilresolution des Ekki zur deutschen Lage ausdrückt —, daß der revolutionäre Aufschwung gegenwärtig in Deutschland unumkehrbar weiterwächst und daß die Hitlerherrschaft nur eine kurzlebige Unterbrechung dieses Aufschwungs darstellt, dann ist es tatsächlich direkter Verrat, diese „kurzlebige Unterbrechung“ durch Wirtschaftsaufträge zu verlängern. In Wirklichkeit weiß die Fraktion Stalin so gut wie wir, daß das deutsche Proletariat eine entscheidende Niederlage erlitten hat und daß wir mit längeren Fristen rechnen müssen. Die Politik der Sowjetdiplomatie rechnet nicht nur mit einer längeren Dauer des deutschen Faschismus, sondern sie hofft sogar den deutschen Faschismus zur Rapallopolitik zu erziehen.

Die Politik der Komintern verurteilt dagegen die Auflassung, daß die deutsche Arbeiterklasse eine schwere Niederlage für längere Zeit erlitten hat, als „konterrevolutionären Defaitismus“. Diese Widersprüche, in die sich die Stalinsche Fraktion verwickelt hat, um von ihrer Verantwortung für die deutsche Niederlage abzulenken, erschüttert sowohl das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Komintern wie auch zur Sowjetunion. Ohne das Vertrauen der Arbeiterklasse aber ist die Verteidigung der USSR, auf schwerste gefährdet.

So führen letzten Endes sowohl Sowjetdiplomatie wie Kominternbürokratie zum gleichen Ziele: sie schwächen und zersetzen die revolutionären Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung und der Sowjetmacht.

Aehnlich verhält es sich mit der ostasiatischen Politik der USSR. Zuerst hat die Kominternpolitik von 1926/27 die chinesische Revolution den Kuomintang-Generalen ausgeliefert, indem sie die Arbeiter- und Bauernrevolution zurückdrängte, um die chinesische Bourgeoisie nicht zu erschrecken.

Nachdem die chinesische Bourgeoisie die demokratische Revolution erdrosselt hatte, waren die schöpferischen Kräfte des Volkes, ohne die ein erster Kampf gegen den Imperialismus unmöglich ist, zersetzt und geschwächt. Das bürgerliche China zerfiel in Generalsliquen. Dieser Zerfall ermöglichte den japanischen Einfall und die Schaffung des Staates Mandschukuo. Damit rückte Japan faktisch an die russische Grenze vor und streckte nun die Hand nach der Ostchinesischen Bahn aus. So entstand für Rußland das Dilemma: entweder freiwillig zu verzichten oder mit den Waffen in der Hand die Bahn zu verteidigen.

Die Sowjetregierung entschoß sich zur Politik des Verzichts, indem sie die Bahn Mandschukuo zum Kauf anbot. Diese Form des Verzichts ist falsch und gefährlich. Sie soll — durch die Form des Verkaufs — verschleiern, daß die Sowjetmacht die Bahn nicht verteidigen kann. Aber diese Verschleiernung kann niemanden täuschen, am wenigsten Japan. Die chinesischen Volksmassen aber werden durch die Tatsache, daß die USSR bereit zu sein scheint, Mandschukuo anzuerkennen, der Sowjetrepublik entfremdet.

Früher oder später wird Japan doch die Hand nach Wladiwostok ausstrecken, früher oder später wird der bewaffnete Zusammenstoß sowohl mit Japan im Osten als mit Hitlerdeutschland im Westen unvermeidlich werden. Dann wird in der Waagschale der Geschichte nicht nur die „Atempause“ wiegen, sondern nicht weniger schwer die Freundschaft der chinesischen Volksmassen im Osten und das Vertrauen der deutschen Arbeiterklasse im Westen.

Eine Politik, die beides zerstört, ist vom Standpunkt der Sowjetrepublik eine liquidatorische Politik. Eben das ist die Politik der Sowjetdiplomatie. Spectator.

Proletarische Rundschau Hitlers „Atempause“

Am 17. Mai sagte, ganz überraschend einberufen, das, was man in Deutschland noch den Reichstag nennt. Nicht um etwas zu tun, sondern nur um dem obersten Führer Gelegenheit zu geben, vor seinem Hofstaat, mit der nötigen feierlichen Begleitung, zu sprechen. Auf die Tagesordnung setzte Hitler seine Rede über die deutsche Außenpolitik. Aber jedes Nazihierz wird bange, wenn es den zahmen Ton und die pazifistischen Friedensphrasen seines Oottes zu hören bekommt, wo es doch zum Revanchekrieg gegen den Erbfeind, gegen das Versailler Sklavensystem und die Tributknechtschaft aufgetrommelt wurde. Brining hätte nicht anders sprechen können. Aber nicht darauf kommt es an, daß Hitler die Rede eines Erfüllungspolitikers gehalten hat, sondern darauf, was er damit meinte.

„Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichtes eintreten und damit so oder so der Keim für spätere

neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden. Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatenordnung führen. Ein im kommunistischen Chaos verankertes Europa würde eine Krise von unabwehrbarem Ausmaß und nicht abzuschätzbarer Dauer heraufbeschwören. Es ist der tiefste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.“

Mit diesen diplomatisch frisiereten Sätzen bietet der Führer der Nation seine Landsknechtdienste dem Weltkapital für einen Kreuzzug gegen das „kommunistische Chaos“ an. Zanken wir uns nicht untereinander, ruft er und in Waffen starrenden französischen Imperialisten zu, und ist bereit, um den Preis der Aufrüstung seine Landsknechte gegen die Sowjetunion marschieren zu lassen.

Hitler, dem die Macht und die Courage zu einer Auseinandersetzung mit dem französischen „Erbfeind“ fehlt, beginnt seine Landsknechte endgültig gegen den Bolsche-

wismus einzustellen. Die Sowjetunion, das proletarische Bollwerk, das dem Weltkapital auf kapitalistischer Grundlage erschlossen werden; diese Beute soll die Imperialisten auf einige Jahre sättigen. Noch traut die Entente ihrem Wzangel in Gestalt des Nationalfaschisten Hitler nicht, noch zögert sie. Eben deshalb legt sich Hitler Mäßigung auf, um Zeit zu gewinnen für die Propagierung des kapitalistischen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion. Hitler schafft sich seine „Atempause“, während der er, mit den Imperialisten den Frieden und die Verständigung suchend, zum Ueberfall gegen die Sowjetunion rüstet. Das ist der Sinn der Rede Hitlers.

Deutsche Schmach

Wir kennen sie. Auf allen Blättern der deutschen Geschichte ist sie zu finden. Wir haben sie in Erinnerung aus dem Kriege und der Revolution. Sie beschattet Europa mit dem zur Macht gelangten Faschismus. Die Nacht der Barbarei wird nur erhellet durch die Scheiterhaufen, auf denen der deutsche Geist in Gestalt von Büchern und Werken verbrannt wird. Die Friedhofruhe in der deutschen Arbeiterbewegung wird nur von den gelledenen Schreien und dem greulichen Stöhnen der gefolterten Opfer des Faschismus unterbrochen. Wir erleben den Raub und die Zerstörung jahrzehntelanger, opfervoller, zäher und zuverlässiger Arbeit: Die Gewerkschaften, „die Zentren des proletarischen Widerstandes“, wie sie Marx nannte, sind dem faschistischen Moloch mühelos ins Garn gegangen. Das Eigentum der deutschen Arbeiterklasse dient seiner geistigen und physischen Knebelung. Sie kennen keinen Unterschied zwischen revolutionären und reformistischen Organisationen. Sie zertrümmern die deutsche Arbeiterbewegung, den Stolz der proletarischen Internationale.

Und jene, die schuld sind, daß es so kam, jene, die kampflös kapitulierten und hündisch Gnade suchten, um, wie die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb, den äußeren Rahmen der Arbeiterbewegung auf bessere Zeiten zu retten, sie begleiten die Schmach, die der Faschismus über das Weltproletariat gebracht hat, mit nacktem Verrat, ja mit nacktem Verrat. Wie Wilhelm seine Sozialdemokraten hatte oder umgekehrt, keine Parteien, sondern nur Deutsche, so hat auch Hitler, der Landsknecht der Weltbourgeoisie, seine Sozialdemokraten. Einstimmig gab der Reichstag der deutschen Schmach dem Herrn Hitler das Votum für seine nächste Tat: die deutsche Nation an den Meistbietenden zu verkaufen.

Deutsche Fürsten verkauften ihre Untertanen als Soldaten, Hitler das ganze Volk. Und bei dieser jüngsten Schmach steht Pate die deutsche Sozialdemokratie, die auch als der in Ungnade gefallene Lakai nichts anderes tut, als was die Bourgeoisie zu tun wünscht.

Und die Presse der II. Internationale vermerkt mit Unbehagen, daß Herr Wels und angeblich die Hälfte der Fraktion „zum Protest gegen die Vergewaltigung der Arbeiterbewegung“ der Tagung des Reichstages fernblieben. Sie können die verlorenen Pfänder noch nicht verschmerzen, aber auch der Bourgeoisie ihre Aufwartung nicht versagen. Und so haben sie sich „gespalten“, um vereint dem „deutschen Volk“ unter Führung Hitlers zu dienen. Schmach. . . Das ist noch zu gelinde für diese Handlung. Die deutsche Sprache hat dafür kein Wort.

Das „rote Wien“ im Zeichen der Heimwehren

Am 14. Mai, zwei Wochen nach dem verbotenen 1. Mai, marschierten 25.000 Mann Heimwehren aus allen Oauen Oesterreichs über den Ring, begleitet von Flugzeugen und befohlen von einem spärlichen Spalier von Wesen, die sich auch Menschen mit fünf gesunden Sinnen nennen. Wir wollen nicht das Klagedel der SP-Presse wiederholen, die über die Ungleichheit der Unterdrückung der staatsbürgerlichen Rechte jammert. Es ist ja bezeichnend, daß die SP nicht für sich das Recht fordert, sondern für alle das Unrecht. Dabei hat sie eben das Malheur, daß gerade jene, für die sie das Unrecht fordert, Recht behalten und marschieren — trotz Aufmarschverbot.

Ja, erinnern wir uns des Oktober 1929. Es war in Wiener Neustadt. An der weiten Peripherie von Wien marschierten so wie am 14. Mai 1933 die Heimwehren aus ganz Oesterreich unter dem Schutz der Staatsmacht auf. Und seither hat sich, trotz Einheit des österreichischen Proletariats und trotz sozialdemokratischer Führung so viel geändert, daß die Heimwehr in Wien aufmarschiert und bereits als ein Teil der Staatsmacht. Während die Arbeiter-schaft selbst am 1. Mai kein Recht auf die Straße hatte.

Um über diese bitteren und ersten Tatsachen hinweg-zutäuschen, veranstaltete die SP in Gemeindegäusern „Freiheitsfeiern“. Sie feiern gerne Freiheiten, die sie kampflös dem Gegner ausgeliefert haben. Hohn ist die Antwort des Bürgertums auf diese Politik der SP-Führung.

Uebt Solidarität!

Eine Flut von Kommunistenverfolgungen ergießt sich über Oesterreich. 800 Genossen wurden verhaftet und sind teils noch in Haft. Ueber sie schwebt das Hochverratsverfahren. In der Nacht wurden Dutzende revolutionärer Arbeiter aus ihren Wohnungen geholt und wochenlang, meist grundlos, in Haft gehalten. Die Familien dieser Genossen befinden sich in tiefster Not. Es ist Pflicht jedes Arbeiters, ein Scherlein beizusteuern, die Not dieser Opfer der Justiz zu lindern. Sammelt und spendet für den Inhaftiertenfonds. Fordert die Freilassung der Verhafteten!

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Göttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52 b.

Die revolutionäre Presse ist die Fahne des Kampfes

Warum wohl richtet jede Reaktion ihre Stöße gegen die Pressefreiheit im allgemeinen und die revolutionäre Presse im besonderen? Weil sie besser als viele, viele Arbeiter die Bedeutung und den Wert der Presse erfasst hat, weil die Presse eines der wirksamsten Mittel des Kampfes um die Gehirne und Seelen der Menschen ist. Um wieviel mehr ist heute die Presse des revolutionären Marxismus für jeden Klassenbewußten Arbeiter unentbehrlich. Ereignisse überstürzen sich; Fragen von weittragender Bedeutung tauchen auf; Schlußfolgerungen müssen gezogen werden; dort im fernen Osten geht der Kampf um die Ostschinabahn zwischen Rußland und Japan, hier schließt Rußland einen Freundschaftsvertrag mit dem Hitler-Deutschland; Diplomaten wechseln Noten; Dollarinflation; Heimweharmarsch; und täglich wird eine Flut von faschistischen Zeitungen und bürgerlichen Lügen in das Volk gestreut. Wie soll sich da der sozialistische Arbeiter zurechtfinden, der, wenn er schon die SP-Presse zur Hand nimmt, nichts anderes findet, als Bittgänge seiner Führer zum Bundespräsidenten und Vertuschung der wirklichen Tatsachen im Interesse der Disziplin?

Er braucht eine revolutionäre, eine marxistische Presse, die ihm die Anleitung zum Handeln gibt, die ihm die geistigen Waffen liefert, die er braucht, um seine Klassegenossen für die proletarischen Klasseninteressen in den Kampf zu führen, die er selbst braucht, um sich klar zu sein, über das Wesen und die Bedeutung der Ereignisse. Mehr denn je ist das Lesen der revolutionären Presse notwendig und ebenso wichtig, wie für den Soldaten das Gewehr. Noch ist auch in Oesterreich nicht die letzte Entscheidung gefallen. Es gilt alle revolutionären Kräfte zu sammeln, um den Sieg des Sozialismus vorzubereiten.

Genossen! Schert Euch um die revolutionäre Presse. Leset, abonniert und verbreitet den „Mahnruf“, das Organ des revolutionären Marxismus in Oesterreich. Wir kämpfen unter den größten finanziellen Schwierigkeiten. Sendet rasch Eure mäßigen Abonnementbeträge ein. Spendet für den Pressefonds. Jeder Genosse werde ein Agitator des „Mahnruf“, jeder Genosse ein Kämpfer des revolutionären Marxismus!

Die Nazirummel in Graz

Seit einer Woche sind täglich Demonstrationen in der inneren Stadt. Polizei und Militär wird aufgeboten. Die Polizei legte größte Loyalität gegenüber den Nazis zu Tage. Mehrere Polizisten wurden verwundet, die Polizei schritt erst dann ein, wenn sie keinen anderen Ausweg fand. Am Sonntag, den 14. Mai, ließen sie ein Schwein mit dem Helmwehrlaut am Kopf und mit bekannten Namen beschriften, in der Herrengasse los. Als die Heimwehr am Samstag die Fahrt nach Wien antrat, war der Hauptbahnhof von Polizei und Bundesheer mit Maschinengewehren besetzt. Die Nazi schießen jeden Tag mit Papierböllern in der Herrengasse und am Operring. Jetzt wurde von der Regierung das Bummeln in der Stadt verboten, die innere Stadt mit Militär besetzt und trotzdem demonstrieren sie unbehelligt. Die SP macht gar nichts und die KP ist ohnmächtig. Aber die Proleten handeln aus eigener Initiative. Am Sonntag, den 14. Mai, war der Reichsjustizminister Dr. Frank in Graz mittels Auto eingetroffen. Die Straßen von Götting bis Graz waren von vielen hundert Proleten besetzt, man hat die Naziautos und -Radfahrer bespuckt, auch von den Rädern gerissen und verprügelt. Die Kleinbürger (Geschäftsleute), die sich sonst immer vor dem Zugrundegehen fürchten, sind mit Autos dem Gausaf Frank bis Frohnhäuten und Bruck entgegen gefahren und haben hunderte Schillinge verpulvert. Naziminister Frank hat am Grazer Schloßberg eine Rede gegen die Regierung losgelassen, die voll mit hochverräterischen Ausfällen gespickt war. Aber kein Haar wird den Nazi und ihrem Gausaf gekrümmt. Wenn aber die Arbeiterschaft von Graz demonstriert und nur „Freiheit“ ruft, funktioniert die Staatsgewalt ganz anders. Hier sieht man den Unterschied, der besteht im Klassenkampf, im Kampf innerhalb der beiden Lager der Konterrevolution. Gegen die Arbeiterklasse sind sie sich einig, der braune Faschismus und das herrschende Regime. Arbeiter von Graz lernt daraus, beide Richtungen kämpfen gegen die Arbeiterklasse. Die Nazi können sich ihr Vorgehen nur deshalb erlauben (trauen), weil Polizei, Bundesheer, Nazi

usw. für ein Ziel kämpfen: für die Erhaltung des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus zu verhindern.

Dressur oder Sauhaufen

Es mehren sich ins Ungeheure die Fälle, wo den Arbeitslosen durch die Schikanen der I. B. K. Graz die Auszahlung der Unterstützungen verzögert wird. So müssen viele oft Wochen auf ihr Geld warten. Wird nach langem Rennen die Anweisung zur Finanz geschickt, dann bekommen welche ihr Geld für die Zeit, die ihnen zusteht, nicht ausbezahlt. (Das ist ungesetzlich!) Das Rennen muß dann neuerlich begonnen werden. Die größte Schlampelei herrscht mit den Anweisungen, die von der Versicherung in die Liquidatur (Finanz) geschickt werden. Die Versicherung sagt zu den Arbeitslosen, die Anweisung ist bei der Finanz (Auszahlungsstelle), und von der Finanz werden die Arbeitslosen wieder fortgeschickt mit den Worten: „Die Anweisung ist noch bei der Versicherung.“ So foppt man die armen, hungrigen Menschen. Es kommt vor, daß Arbeitslose in einer Woche 3- bis 10 mal von der Ghegastraße Arbeitsamt, zur Finanz und wieder zurück laufen müssen, bis sie endlich die paar Groschen oder Schillinge bekommen. Es besteht auch die Methode, um die Auszahlungen hinauszuschieben, wenn auch die Anweisung da ist, nicht das Geld in der laufenden Woche auszubehalten. Ähnlich geht es mit der Kontrolle. Diese Methoden können nur durch den Protest der Arbeitslosen beseitigt werden.

Betriebsrätewahlen bei den Grazer Gemeindearbeitern

Vor einem Jahr haben wir im „Mahnruf“ gewarnt, wenn die RGO ihren verderblichen Kurs fortführen wird, daß bei den nächsten Wahlen die 2 gewonnenen Mandate verloren sind. Allzu bald wurde es Wirklichkeit. Die Genossen der KP haben es nicht verstanden, eine auf dem Boden der Oewerkschaftseinheit stehende Taktik zu führen. Es fehlte ihnen selbst an Sachkenntnis. Ihre Forderungen waren nicht immer im Interesse der Arbeiter gestellt, so daß die

Gemeinde als Unternehmer Vorteile daraus gezogen hätte. Der verderbliche Kurs des Stalinismus, die SP sei der größte Feind, fand auch hier seinen grotesken Ausdruck (Sozialfaschismus). Am 7. April haben die Gemeindearbeiter ihren Betriebsrat neu gewählt. Von 967 Wahlberechtigten haben 952 ihre Stimme abgegeben. Die Freie Oewerkschaft bekam 737 (1932 638), auf die christliche Oewerkschaft entfielen 168 (1932 162) und auf die RGO 31 (1932 136), so daß die RGO 105 Stimmen verlor. Die Freie Oewerkschaft bekam 11 Mandate (1932 9), die Christlichen 2 (1932 2) und die RGO Null (1932 2). Viele Genossen werden meinen, die beiden Genossen Vauland und Korbala sind allein die Schuldigen. Das ist falsch. Schuld ist das stalinistische ZK mit der Generallinie.

Aus den Thesen der deutschen Linken II. Das Wesen des Zentrismus

5. Der Zentrismus, der sich in der Komintern in den letzten 10 Jahren entwickelte und zur herrschenden politischen Richtung wurde, unterscheidet sich sowohl prinzipiell vom revolutionären Marxismus wie auch vom Reformismus. Im Gegensatz zum Reformismus und dem Austromarxismus (dem Zentrismus in der 2. Internationale) steht der Zentrismus in der 3. Internationale grundsätzlich auf dem Boden der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Staates. Aber die Strategie und Taktik, die der Zentrismus in der 2. Internationale zur Erreichung seiner revolutionären Ziele einschlug, entfernt ihn immer mehr von der internationalen proletarischen Revolution. Dies hat mit besonderer Deutlichkeit der gegenwärtige Zusammenbruch der zentralistischen Politik in Deutschland bewiesen.

Das strategische Ziel der zentralistischen Fraktion in der Kampfperiode, die dem Sieg des Faschismus unmittelbar vorausging, war die Vernichtung der Sozialdemokratie, selbst unter den Bedingungen einer Einheitsfront mit dem Faschismus. Diesem strategischen Ziel entsprach die Taktik des Roten Volksentscheids (1931) und die Taktik im Massentstreik der BVG (1932). Dieser Strategie haben wir Linken entgegengestellt die Vernichtung des Faschismus, selbst in einem Bündnis mit der SPD.

Diesem strategischen Ziel entsprach unsere Taktik der proletarischen Einheitsfront, der Ablehnung eigener Oewerkschaften.

Der Zentrismus schlug den Kurs darauf ein, nach der Vernichtung der SPD den Faschismus zu vernichten. Wir schlugen vor, im Prozeß des einheitlichen Massenkampfes gegen den Faschismus die reformistische Ideologie in der Mehrheit der Arbeiterklasse kämpfend zu überwinden und den revolutionären Sieg über den Faschismus gleichzeitig in den Triumph des Marxismus über den Reformismus innerhalb der Arbeiterbewegung zu verwandeln.

Die Strategie und Taktik des Zentrismus hat zur Katastrophe geführt und damit vollinhaltlich unsere revolutionäre, kritische Position bestätigt, die wir gegen seine Politik eingenommen haben.

Zwischen Marxismus und Reformismus stehend, versucht der Zentrismus, die revolutionäre Sprache des Marxismus zu imitieren. Die Wirkungen seiner Politik aber unterscheiden sich praktisch nicht von jenen der reformistischen Politik. Der Reformismus verrät die proletarische Revolution und der Zentrismus ist ihr Totengräber. Der Reformismus stützt sich in seiner Politik sozial auf die gehobenen Schichten der Arbeiterklasse und auf die Massen des demokratischen Kleinbürgertums. Er hat das Erbe des Liberalismus angetreten.

Der Zentrismus dagegen stützt sich auf die noch rückständigen, nicht entwickelten, gefühlsmäßig revolutionären Teile des Proletariats, insbesondere seiner Jugend und konserviert und bestärkt ihre Illusionen und Vorurteile. Er sucht und findet Unterstützung in den revolutionär-demokratischen Teilen des Kleinbürgertums, doch erweist er sich als unfähig, diese kleinbürgerlichen Mitläufer zu assimilieren, d. h. mit den Ideen, Traditionen und Kämpfen des Proletariats zu verschmelzen. Im Gegenteil, der Zentrismus eignet sich in hohem Maße die anarchisch-revoluzzerhaften Züge der kleinbürgerlichen Mitläufer an. Im Gegensatz dazu stellt der revolutionäre Marxismus, wie ihn die Linke im unveröhnlichen Kampf vertritt, die Ideologie des bewußtesten und reifsten Teiles der proletarischen Klasse dar.

In dem Maße, als es gelingen wird, neue marxistische Kader zu erziehen, wird die kommunistische Bewegung erst fähig, ihre historische Mission zu erfüllen, wird es möglich sein, den Einfluß des Zentrismus zu brechen. Damit aber wird erst endgültig die Todesstunde des Reformismus schlagen, der sich in entscheidendem Maße infolge der verhängnisvollen Irrtümer des Zentrismus in der KPD behaupten konnte. Der Wiederaufstieg des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung wird gleichzeitig den Zusammenbruch des Faschismus einleiten.

Kampffondsammlung:

Finanz: S 101.—

Preißfondsammlung:

Finanz S 75,90, Finanz N. N. S 29,83, von verschiedenen Genossen S 47,36, Zerh. —,70, Regar —,50, Trunner —,20, Reisinger Joh. 1,15, Brandtner —,98, Reisinger Alois 1.—, Zechner —,30, Hocke —,20, Ruppitsch —,20, Karl —,20, Orill —,40, Reiser —,30, Singer —,60, Max —,90, Kummer —,40, Polak —,28, Serer —,50, Kiefer 2,80, Cech 2,80, Frühlich 2,42, Dester —,40, Steiner —,60, Müller —,20, Moser 1,60, Goelm. —,20, Hertz 2,60, Mansner 2,10, Perschon —,50, Beck 2.—, Hert 1 —,78, Bauer 1.—, Kollar 2.—, Reinisch 1.—, Reiterer —,70, Pepi —,60, Wruhs —,30, Straning —,60, Lenz —,45, Simmerl 1,38, Schrottner —,90, Kraser 1.—, Koch Jul. 1.—, Herm. Julie 1,50, Rabitsch 3,30, Schlacher —,40, Stöger —,70, Custl 1,82, Hirschmugl —,90, insgesamt S 153,09.

Richtlinien gegen die Arbeitslosen

Die Einkommensgrenzen für die „besondere Notlage“

Zonenänderung zieht doppelt scharfe Auswirkung nach sich.

Die neuerlichen Verschlechterungen der Richtlinien bringen die Herabsetzung des Bezugsdauer der normalen Arbeitslosenunterstützung, die bisher durch 12, bzw. 30 Wochen gewährt wurde, auf 20 Wochen, wenn der Arbeitslose innerhalb der letzten 10 Jahre weniger als 7 Jahre versicherungspflichtig beschäftigt war. Ferner tritt in der Einkommensgrenze und Zonenabgrenzung eine Verschlechterung ein, während die kargen und gestützten sogenannten Winterbegünstigungen für Jugendliche vorläufig verlängert werden. In nachfolgenden Aufstellungen bringen wir die jetzt geltenden Bestimmungen:

Bei der Beurteilung der Frage, ob „besondere Notlage“ vorliegt, sollen nach dem neuen Erlass des Ministeriums nicht nur die Einkünfte des Arbeitslosen selbst, sondern auch das Einkommen der mit dem Arbeitslosen im gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen berücksichtigt werden. Das war ja auch bisher schon der Fall; nun aber sollen die Einkommensgrenzen einheitlich für alle Industriellen Bezirkskommissionen festgesetzt werden. Danach ist besondere Notlage nicht anzunehmen, wenn das zu berücksichtigende Einkommen folgende Grenzen erreicht:

Einkommen der engeren Familie.			
Bei zwei Personen:			
In Orten der Zone			
wöchentlich Schilling			
	A	B	C
NA. I	32	28	24
NA. II	28	—*)	—*)
*) In den B- und C-Gebieten gibt es keine NA. III			
NA. III	24	20	16
Zuschlag für jede weitere Person			
über 10 Jahre	8	7	6
unter 10 Jahren	6	5	4

Zur engeren Familie zählen die Ehegatten (die Lebensgefährtin ist hier natürlich gleichgestellt), der Ehegatte (Lebensgefährte), die Eltern und Kinder des Arbeitslosen.

Bei einem Vergleich mit den derzeitigen Grenzen muß man berücksichtigen, daß für viele Orte, die bisher in das A-Gebiet eingeweiht sind, die Umstellung in die B-Zone

vorgesehen ist, so daß sich gewaltige Verschärfungen der Praxis ergeben! Zahlreiche Ausstellungen sind die Folge der neuen Grenzbeträge im Zusammenhang mit der Zonenänderung, die der Erlass gleichzeitig bringt!!

Einkommen anderer Angehöriger.

Wenn das Einkommen von Angehörigen, die nicht zur „engeren“ Familie gehören, zu berücksichtigen ist, so erhöhen sich die Einkommensgrenzen um je 8 Schilling wöchentlich für jede Person, deren Einkommen anzurechnen ist.

Einkommen bei Arbeitslosen über 30 Jahre.

Hat der Arbeitslose das 30. Lebensjahr erreicht, so wird ihm das Einkommen der Angehörigen (mit Ausnahme der Ehegatten oder Lebensgefährtin) nur mit drei Vierteln des Betrages angerechnet.

Wenn Familien bloß zusammenwohnen, ohne einen gemeinsamen Haushalt zu führen, dann ist das Einkommen jeder Familie gesondert zu berechnen.

Doppelunterstützung gilt als „Doppelverdienst“!

Wenn der Gatte oder die Gattin (Lebensgefährtin, Lebensgefährtin) bereits die Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe bezieht und keine Kinder und auch keine anderen im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen vorhanden sind, zu deren Unterhalt der Arbeitslose gesetzlich verpflichtet ist, so darf die Notstandshilfe dem anderen Ehegatten (Lebensgefährtin) nicht gewährt werden; diese Einschränkung für den Bezug der Notstandshilfe durch Ehegatten (Lebensgefährtin) gilt dann nicht, wenn die Arbeitslosenunterstützung in einem geringeren Ausmaß als nach der achten Lohnklasse oder die Notstandshilfe in einem geringeren Ausmaß als 2 Schilling täglich im A- und B-Gebiet oder 1,75 Schilling täglich im C-Gebiet bezogen wird.

Entsprechend den bisherigen „Begünstigungen“ ist aber in „berücksichtigungswürdigen“ Fällen (bei hohem Mietzins, Krankheit usw.) dem anderen Ehegatten die NA. bis zu 50 Prozent des gesetzlichen Höchstsatzes zu gewähren, wenn der (die) Arbeitslose — wie es so häufig heißt — dem „Zusammenhang mit den Beschäftigungen“ noch nicht verloren“ hat.

Bei den Arbeitslosen wird gesperrt, für die Banken gibt es 180 Millionen zur Entschuldung der Industrie!